



Reform der Europäischen Haushaltsvorschriften: Vereinfachung, Stabilisierung und Nachhaltigkeit

Les notes du conseil d'analyse économique, no 47, September 2018

Die Reform der Eurozone steht wieder einmal auf der Tagesordnung. Unter den untersuchten Optionen sollte die Entwicklung der Haushaltsregeln ganz oben auf der Liste stehen. Diese haben zu einer übermäßigen fiskalischen Sparpolitik während der Krise geführt, die ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen verschärft und verlängert hat. Umgekehrt war der Schuldenabbau in vielen Ländern in guten Zeiten der 2000er Jahre unzureichend, da die Regeln nicht oder nicht streng genug eingehalten wurden. Diese Regeln haben auch ernsthafte Messprobleme: Sie basieren auf einem legitimen Konzept, dem strukturellen Staatssaldo, aber dieser ist nicht beobachtbar und unterliegt erheblichen Schätzfehlern.

Die durch die Haushaltsregeln verursachten wirtschaftspolitischen Fehler haben dazu geführt, dass die Europäische Zentralbank für den größten Teil der stabilisierenden Rolle der Wirtschaftstätigkeit verantwortlich ist. Die Anwendung des äußerst komplexen, intransparenten und fehleranfälligen europäischen Haushaltsrahmens hat auch die Europäische Kommission der Kritik der Mitgliedstaaten ausgesetzt, unabhängig davon, ob sich ihre öffentlichen Finanzen in einem soliden oder verschlechterten Zustand befinden. Europäische Regeln, die als Brüsseler Mikromanagement wahrgenommen werden, das die nationale Souveränität untergräbt, dienen somit als Sündenbock für antieuropäische Populisten.

In einer Währungsunion sind jedoch fiskalische Regeln unerlässlich, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Verschuldung zu gewährleisten und weil die Nicht-Rückflussklausel im Krisenfall nicht glaubwürdig ist.

Sie sind keine Wunderlösung und können die nationale demokratische Debatte über Haushaltsentscheidungen und Schuldenerhaltung nicht ersetzen, aber sie sollten dazu beitragen, diese Debatte zu gestalten. Sie sollten so transparent und einfach wie möglich sein, indem sie Ziele festlegen, die direkt von der Regierung getrieben werden können (Vereinfachung), eine antizyklische Finanzpolitik ermöglichen (Stabilisierung) und einen Anreiz zum Abbau der übermäßigen Staatsverschuldung (Nachhaltigkeit) bieten.

Ziel dieser Mitteilung ist es, den derzeitigen Rahmen zu bewerten und eine tiefgreifende Vereinfachung vorzuschlagen. Wir empfehlen, die vielen derzeitigen Regeln durch eine einfache Regel zu ersetzen: Die nominalen Ausgaben sollten langfristig nicht schneller wachsen als das potenzielle BIP und in Ländern mit übermäßiger Verschuldung langsamer. Die für diese Note durchgeführten Simulationen deuten darauf hin, dass eine solche Regel es ermöglichen würde, die Haushaltsdisziplin mit der makroökonomischen Stabilisierung der Wirtschaft in Einklang zu bringen. In einem gestärkten nationalen und europäischen institutionellen Rahmen empfehlen wir, das Mandat des Hohen Rates für öffentliche Finanzen zu erweitern und besser in den nationalen Haushaltsprozess zu integrieren, indem wir ihn mit der Analyse der Haushaltsprognosen und der Schuldenerhaltung betrauen und seine Fähigkeit zur Erstellung makroökonomischer Prognosen stärken. Schließlich befürworten wir für eine glaubwürdige und unbürokratische Anwendung der Haushaltsregeln eine Kombination mehrerer Instrumente: Überwachung, positive Anreize, Marktdisziplin und politische Verantwortlichkeit.

Dieser Bericht gibt die persönliche Meinung der Autoren wieder und nicht notwendigerweise die des Rates

Die Feststellungen

Feststellung 1. Die europäischen Haushaltsregeln sind zu komplex geworden, was ihre Assimilation durch Politiker und ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit untergräbt.

Feststellung 2. Das Produktionspotenzial, die Produktionslücke und der strukturelle Saldo werden schlecht geschätzt, was zu Fehlern bei der finanzpolitischen Entscheidungsfindung führt.

Feststellung 3. Die europäische Finanzpolitik leidet unter Prozyklizität, während die Nichteinhaltung zur Norm geworden ist. Den EU-Finanzvorschriften fehlen Durchsetzungsmechanismen und Glaubwürdigkeit.

Die Empfehlungen

Empfehlung 1. Annahme einer neuen Steuerregel, die auf das wertmäßige Wachstum der öffentlichen Ausgaben abzielt. Diese Wachstumsrate wird durch das Potenzial des BIP-Wachstums, die erwartete Inflation und ein länderspezifisches Schuldenabbauziel begrenzt. Der Verlauf der öffentlichen Ausgaben muss mit dem mittelfristigen rollierenden Ziel (5 Jahre im Voraus) für den Abbau der von den Mitgliedstaaten vereinbarten Schuldenquote übereinstimmen.

Empfehlung 2. Erweiterung des Mandats aller unabhängigen Finanzinstitute, Beratung in Bezug auf das mittelfristige Potenzialwachstum, die Inflation und die Auswirkungen neuer Einnahmenmaßnahmen zu leisten und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu bewerten.

Empfehlung 3. Erweiterung und bessere Integration des Mandats des HCFP in den Haushaltsprozess, indem ihm die Aufgabe übertragen wird, die Prognosen der öffentlichen Finanzen zu validieren und die Nachhaltigkeit der Verschuldung zu analysieren. Verbesserung der Fähigkeit, unabhängige finanz- und makroökonomische Prognosen zu erstellen.

Empfehlung 4. Übertragung der Aufsicht auf unabhängige nationale Haushaltsinstitutionen, die von einem Europäischen Haushaltsrat koordiniert und überwacht werden. Den Zugang zu den flexiblen Kreditlinien des Europäischen Stabilitätsmechanismus und den Zugang zu den finanzpolitischen Stabilisierungsinstrumenten des Euroraums von der Einhaltung der Haushaltsregel abhängig machen.

Empfehlung 5. Im Falle der Nichteinhaltung der Haushaltsordnung unterziehen Sie den Finanzminister nach Stellungnahme des nationalen Haushaltsorgans dem Parlament und der Presse seines Landes einem Verfahren, das dem Grundsatz der „Befolgung oder Erklärung“ entspricht, und im Falle einer größeren Abweichung und nach Stellungnahme des Europäischen Haushaltsausschusses dem Europäischen Parlament.



**conseil d'analyse
économique**

Der Conseil d'Analyse Économique (CAE) wurde im Auftrag des französischen Premier Ministre gegründet und soll durch die Gegenüberstellung der Gesichtspunkte und Analysen der Mitglieder des CAE ein besseres Verständnis der Entscheidungen der französischen Regierung im Wirtschaftssektor ermöglichen.

Stellvertretender Vorsitzender Philippe Martin

Generalsekretär Hélène Paris

Wissenschaftliche Berater

Jean Beuve, Clément Carbonnier,
Manon Domingues Dos Santos

Studienbeauftragter

Samuel Delpuech

Mitglieder Yann Algan, Maya Bacache-Beauvallet,
Olivier Bargain, Stéphane Carcillo,
Anne-Laure Delatte, Élise Huillery, Claire Lelarge,
Yannick L'Horty, Philippe Martin, Thierry Mayer,
Corinne Prost, Xavier Ragot, Stefanie Stantcheva,
Jean Tirole, Farid Toubal

Korrespondenten

Dominique Bureau, Anne Perrot

Veröffentlichungsdirektor Philippe Martin

Chefredakteur Hélène Paris

Elektronische Veröffentlichung Christine Carl

Pressekontakt Christine Carl

Ph: +33(0)1 42 75 77 47
christine.carl@cae-eco.fr